



Peter Ulrich Weiß · Jutta Braun

Im Riss zweier Epochen

Potsdam in den 1980er und frühen 1990er Jahren



be.bra
Wissenschaftsverlag

Im Riss zweier Epochen

Peter Ulrich Weiß / Jutta Braun

Im Riss zweier Epochen

Potsdam in den 1980er
und frühen 1990er Jahren

be.bra
wissenschaft verlag

Das Buchprojekt wurde gefördert vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und vom Verein der Freunde und Förderer des ZZf Potsdam.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und
die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in
weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

2., durchgesehene Auflage
© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2019
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebraverlag.de
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Umschlag: typegerecht, Berlin
Satz: ZeroSoft
Schrift: Minion Pro 10/13pt
Gedruckt in Deutschland
ISBN 978-3-95410-240-2

www.bebra-wissenschaft.de

Inhalt

Einleitung – Bezirksstädte als Zentren der politischen Umwälzung in der DDR	9
Stadt und Umbruch	10
Blinde Flecken, offene Fragen	12
Multiperspektivische Stadtgeschichte	14
Traumstadt und Krise – Sozio-ökonomische Widersprüche einer privilegierten Bezirksstadt	17
Die grüne Residenzstadt am Fluss	17
Defizitwirtschaft und Mangelversorgung	20
Baukrise und Altstadtzerfall	26
Die Macht in der Stadt – Eliten, Institutionen, Topografie	35
Das „rote“ Potsdam und seine weißen Flecken	35
Die Bezirksstadt als Herrschaftsbühne	36
Partei- und Staatsapparat im Überblick	41
Die Mitgliederbasis der SED	47
Kaderschmieden und staatsnahe Bildungseinrichtungen	50
Die Garnisonstadt und ihr Militär	55
Grenzregime und MfS	59
Der militärische Bildungs- und Sportkomplex	63
Das Gebäude wankt – Innere und äußere Faktoren der Herrschaftserosion	67
Der Gorbatschow-Faktor	68
Das Sputnik-Verbot	70
Störsignale aus Ost und West	74
Mitgliederverluste der SED	77
Flucht und Ausreise	78
Gegenöffentlichkeiten – Regimedistanz und Gesellschaftskritik in Kirchen und Kulturbund	85
Die Bezirksstadt als kirchliches Zentrum	85
Neue Kirchen im Stadtbild	91
Helmut Schmidt in Potsdam	93
Staatliche Kontrolle und ihre Grenzen	95
Politisch-alternative Gruppen unter dem Dach der Kirchen	99
Konfessionelle Widerstandsmotive	108
Grüne Gegenstimmen: AG Pfingstberg und ARGUS im Potsdamer Kulturbund	111
Vorsichtiger Aufbruch – Politisch-alternative Aktivitäten 1987/88	120
Der Olof-Palme-Friedensmarsch	121
Kirchen in Bewegung: Von der Soli-Andacht bis zur Friedensdekade	123

Gegen kapitalistische Weltwirtschaft und sozialistische Volksbildung	128
Stadtökologie in Aktion	130
Kino und Krise – Filmstadt Babelsberg als Ort künstlerischer und politischer Unruhe	133
Traumfabrik von Babelsberg: Das DEFA-Filmstudio für Spielfilme	133
Kontrollierter Filmbetrieb	135
Unzufriedene Parteibasis	139
Belegschaft im Aufbruch	142
Studio im Umbruch	145
Im Spannungsfeld von Kreativität und Kontrolle: Die Hochschule für Film und Fernsehen	148
Neuer Rektor, neuer Wind	154
Der Herbst 1989	159
Nach der Revolution	161
Störsignale aus kulturellen Leuchttürmen – Ausprobieren und Aufbegehren in Theater und Wissenschaft	164
Theater als Provokation: Das Hans-Otto-Theater	164
„Der Revisor“: ein lokalpolitischer Skandal	171
Gewagte Satire: Das Kabarett am Obelisk	180
Funken des Widerspruchs: Der Telegrafenberg	183
Zeitenwende für Physiker	188
Sphären der Subkultur – Alternative Freiräume und politische Aktionsformen der Jugendkultur	194
Lindenpark und „Stube“	196
„Das Heider war ein Versprechen: von Paris, von Weltläufigkeit, von Irgendwas“:	
Alternative Kneipen- und Kaffeehauskultur	201
Jugendkultureller Rechtsruck und alternativer Antifaschismus	207
Die Antifa-Gruppe Potsdam	211
1. Potsdamer Antifa-Tag	215
Im Konflikt mit dem Staat	217
Weg in den Aufstand – Von den Wahlkontrollen zur Bürgerbewegung	220
Kommunalwahlen als Konfliktfeld	220
Massenmobilisierung zum 7. Mai	222
Die Manipulation der Wahlergebnisse	225
Reaktionen und Folgen	228
Vorböten des Umbruchs: Das Pfingstbergfest vom 10. Juni	233
Trommeln für den Frieden	239
Die Formierung der Bürgerbewegungen und neuen Parteien	242
Straßenrevolution – Die Massenprotestbewegung und ihre Wendepunkte	249
4. Oktober: Der unerwartete Revolutionsbeginn	251
7. Oktober: Der Staat zeigt Härte	254
4. November: Massenprotest auf dem Höhepunkt	258
Gegenoffensiven der SED	261
9. November: Der Mauerfall als ambivalente Zäsur	265
2. Dezember: Die Ankunft der Sozialdemokraten	270

Repressionsapparat am Ende – Die Entmachtung und Auflösung des MfS	274
Leben mit der Stasi	274
Die Besetzungen am 5. Dezember 1989	278
Der Potsdamer „Rat der Volkskontrolle“ und die Auflösung des MfS	285
Vom Haus des Terrors zum Haus der Demokratie	293
Von der Akklamation zur Selbstverwaltung – Kommunalpolitik im Umbruch	298
Die Stadtverordnetenversammlung	298
Demokratischer Neubeginn	310
Der Runde Tisch	316
Transformation einer diktatorischen Partei – Wie die SED in Brandenburg „neu denken und laufen lernte“	324
Von der SED zur PDS – Machtverlust und politischer Neuanfang	324
Die Erosion an der Parteibasis bis Ende 1989	326
Krisenmanagement: Von Jahn zu Vietze	329
Der Weg zur Konsolidierung	334
Rück- und Umbau des Parteiapparates	336
Die PDS in den Wahlen 1990	340
„Brandenburger Weg“	343
Neue Kräfte auf Erfolgskurs – SPD und Bürgerrechtler auf dem Weg zur Macht	346
Die SDP: von der Oppositions- zur Regierungspartei	346
Parteiaufbau und Parteihilfe Ost in Brandenburg	349
Der Schock der Volkskammerwahl	352
Abgrenzung zur SED	354
Von der Kommunal- zur Landtagswahl	358
Bündnis 90: Erfolgreicher Sonderfall in Brandenburg	364
„Brandenburger Bündnisquälereien“	366
Mit dem Trio an die Macht	371
Der „Fall Stolpe“	374
Wessis in Potsdam – Hilfe und Einfluss von Partnerland und Aufbauhelfern	377
Westdeutsche Hilfe für ostdeutsche Regionen	378
Die Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Brandenburg	380
Aufbauhelfer im Einsatz	384
Stadt und Landschaft im Wandel – Eigentumsfragen und Neukartierungen	389
Die Eigentumsfrage	390
Preußenglanz und Grenzgebiet	395
Neuer Blick auf Sehenswürdigkeiten	401
Ein neues Welterbe	404
Späte Heimkehr	406
Truppenabzug und Naturschutz	408

Prestigeobjekt im Umbruch – Vom Staats- zum Vereinssport	412
Sport frei! – und ohne Grenzen	412
Das Ende der Privilegien	413
Vom militärischen Sperrgebiet zum bürgernahen Verein	416
Institutionen-Transfer und Vergangenheitsbewältigung	420
Erfolgsmodell Sportschule	424
Schlussüberlegungen – Umbruch, Übergang und Transformation	427
Brandenburger Oppositionszentrum	428
Ortsverlust und Raumbewinn	430
Gesellschaft im Übergang	433
Anhang	437
Anmerkungen	437
Verzeichnis der Interviewpartnerinnen und -partner	527
Ausgewertete Archive	527
Auswahlbibliografie zu Potsdam	528
Abbildungsnachweis	530
Abkürzungsverzeichnis	531
Personenregister	532
Orts- und Sachregister	537

Einleitung

Bezirkstädte als Zentren der politischen Umwälzung in der DDR

11. November 1989: Wer an jenem Samstag durch die DDR reiste, hatte den Eindruck, das halbe Land sei auf den Beinen. Seit den Morgenstunden strömten schier endlose Menschenmassen zu den Grenzübergängen in Richtung Bundesrepublik und West-Berlin. Auch in Potsdam war zwei Tage nach dem Mauerfall alles in Bewegung. Zehntausende pilgerten an die Außengrenzen der Stadt, um sich „den Westen“ anzusehen. Das euphorische „Wahnsinn!“ war auch hier das Wort der Stunde. Doch während an der Glienicker Brücke und am Grenzübergang Drewitz ausgelassene Feierstimmung herrschte, war die Situation in der Innenstadt mehr als angespannt. Potsdamer und Teltower Betriebsparteiorganisationen der SED hatten nahe dem Rat des Bezirkes in der Heinrich-Mann-Allee zu einer Kundgebung aufgerufen, um zu zeigen, dass die Parteibasis die Massenprotestbewegung gegen die SED-Herrschaft nicht einfach gelähmt hinnahm wie im Rest des Landes. Man wollte ungebrochene Stärke beweisen und richtete Reformforderungen an das Ost-Berliner Politbüro. Potsdams Oppositionsgruppen jedoch dachten nicht daran, am ersten maueroffenen Wochenende die Straßen der ungeliebten Staatspartei und deren Anhang zu überlassen. In Scharen zogen sie ebenfalls in die Heinrich-Mann-Allee, wo sie sich schon bald mit Tausenden Mitgliedern der SED hitzige Wortgefechte lieferten. „Wir sind das Volk!“, „Die SED muss weg!“ und „Stasi raus!“ tönte der Sound des Umbruchs. Verzweifelt intonierten SED-Mitglieder mit erhobener Faust die „Internationale“. Eine seltsame Verkehrung: Noch einen Monat zuvor war die kommunistische Arbeiterhymne von Bürgerrechtlern auf der Klement-Gottwald-Straße (heute: Brandenburger Straße) angestimmt worden, die sich auf diese Weise vor Stasi-Häschern und knüppelnden Polizisten schützen wollten. Immerhin, bei der Kundgebung am 11. November schlug die aufgeheizte Stimmung nicht in Gewalt um. Eines jedoch wurde an diesem Tag mit aller Wucht deutlich: Potsdam war eine gesellschaftspolitisch tief gesplante Stadt.

Diese Zerrissenheit kam nicht von ungefähr. Potsdam besaß eine hochpolitisierte und zugleich stark fragmentierte Bürgerschaft, deren Vielfalt, Vielstimmigkeit und Lebendigkeit nicht in das Bild von der biederen Provinz im Schatten der Hauptstadt passte. Der Bedeutungswandel, den die Stadt in den Monaten und Jahren nach dem Mauerfall im Eiltempo zu durchlaufen begann, war extrem: Aus der „roten Bezirkstadt“ wurde die einzige sozialdemokratisch geführte Landeshauptstadt in Ostdeutschland, aus der Kaderschmiede der SED ein Ort bildungsbürgerlicher Schichten, aus der überwachten Grenz- eine offene Kulturstadt. Eine solche Entwicklung – und ihr gewaltloser Verlauf – war keineswegs selbstverständlich.

Potsdam hatte vor 1989 den Ruf eines stabilen Herrschaftszentrums besessen. Als regionale Machtbastion der SED, Grenz- und Garnisonstadt zu West-Berlin sowie bedeutender Wissenschafts- und Ausbildungsstandort ballten sich hier wie kaum anderswo systemloyale Eliten und einsatzbereite Sicherheitskräfte. In den SED-Lageeinschätzungen galt die Havelmetropole im Hinblick auf „feindliche“ oder „negativ-dekadente“ Aktivitäten lange Zeit als politisch unauffällig. Doch trotz des Anscheins von Stabilität war die Bezirksstadt keineswegs von der landesweiten Entwicklung der 1980er Jahre abgekoppelt. Diese war von zwei parallel verlaufenden Prozessen bestimmt: erstens von der allmählichen Erosion der SED-Herrschaft auf wirtschaftlichem, politischem und ideologischem Gebiet und zweitens vom erstarkenden Widerstand gegen das SED-Regime. Letzterer fand in Potsdam seinen Nährboden in den zahlreichen städtischen Einrichtungen, Treffpunkten und spezifischen Milieus von Kirche und Kulturbund, Naturwissenschaft und Kulturbetrieb, Boheme und Jugend(sub)kultur, denen sich Tausende Potsdamer zugehörig fühlten. Über vielfältige Zusammenschlüsse formte sich daraus wiederum eine organisierte Opposition. Auf diese Weise gingen bereits in den 1980er Jahren Risse durch die Stadtgesellschaft. Für DDR-Bezirksstädte war dies durchaus typisch, denn hier trafen zentralistische Machtstrukturen und kulturelle oder milieubedingte Vielfalt direkt aufeinander. Somit spiegelten sich in Potsdam großstädtische Machtverhältnisse und politische Kulturen wider, die ihrerseits wiederum landesweite Gemengelagen reflektierten.

Stadt und Umbruch

Die ostdeutsche Revolution von 1989/90 war vieles: überraschend, gewaltarm, protestantisch, demokratisch, national ... Doch in ihren entscheidenden Momenten war sie vor allem eines: ein städtisches Ereignis! Eine Tatsache, die kennzeichnend ist für die gesamte deutsche Revolutionsgeschichte seit dem 19. Jahrhundert. Historiker und Publizisten haben dies durchaus registriert, jedoch kaum thematisiert. Es besteht zwar kein Zweifel hinsichtlich der herausragenden Bedeutung der 1989er Vorgänge in Leipzig, Dresden, Ost-Berlin oder auch Plauen.¹ Jedoch hat diese Erkenntnis weder dazu geführt, die tonangebende Rolle von mittleren und Großstädten in diesem landesweiten Prozess näher zu untersuchen, noch die lange Vor- und Nachgeschichte städtischer Umbruchgeschichten in ihrer tatsächlichen gesellschaftsgeschichtlichen Dimension zu erforschen. Das trifft in besonderem Maße auf die 14 Bezirksstädte zu, die im territorialen Machtgefüge eine unbestrittene Spitzenposition einnahmen.² Immerhin kam der bezirksstädtischen Ebene seit 1952 eine konstituierende Stellung im ostdeutschen Herrschafts- und Planungssystem zu. Hier konzentrierten sich die Institutionen und Eliten von Partei und Staat. Zugleich waren die Bezirksstädte der Lebens- und Arbeitsraum von am Ende immerhin knapp vier Millionen Bürgern, darunter Hunderttausende SED-Mitglieder, Tausende Partei- und Staatsfunktionäre und weit mehr als die

Hälfte aller Oppositionellen, die das MfS landesweit beobachtete. Und genau sie wurden im letzten DDR-Jahrzehnt in den meisten Bezirken zum zentralen Schauplatz für regionale Herrschaftserosion, Opposition und Revolution.³ Was hier vor sich ging, strahlte ins Umland ab und beeinflusste dessen politische Entwicklung. Diese „Strahlkraft“ war vor allem bedeutsam in herrschaftspolitisch ruhigen Bezirken wie Cottbus, Frankfurt/Oder, Neubrandenburg oder Schwerin, wo kaum oder nur wenig Protest- und Reformpotenzial vorhanden war. Im Übrigen begünstigte die relativ große Zahl an Bezirksstädten, die im Herbst 1989 zu regionalen Zentren der landesweiten Demokratiebewegung gerieten, zugleich den „typisch deutschen“ Verlauf der 1989er Revolution, der von einer Vielzahl revolutionärer Kristallisationspunkte bzw. vom Fehlen (weniger) eindeutiger Zentren gekennzeichnet ist.⁴ Insofern besitzt die vorliegende Studie zu Potsdam auch exemplarischen Charakter.

Als politisch und kulturell vielstimmige Gebilde waren Bezirksstädte empfängliche Resonanzräume der Politik. Die Stärke des Echos war jedoch nie in Gänze vorhersehbar, was angesichts der Diversität Zehntausender oder gar Hunderttausender Menschen, die eine solche Stadt bevölkerten, nicht weiter verwundert. Und so existierte auch in Potsdam ein schwer zu fassendes Nebeneinander von Kräften der Stabilität und Faktoren der Instabilität. Konkret: Ausgerechnet im konsum-privilegierten Potsdam beschwerten sich Bürger überdurchschnittlich häufig über Versorgungsmängel, ausgerechnet in einer von Umweltverschmutzung vergleichsweise weniger belasteten Stadt wie dieser engagierten sich besonders viele Menschen für Umweltschutz, ausgerechnet an der Stätte etablierter Staatskultur entstand Kulturopposition, ausgerechnet in der „roten“ Kaderstadt sympathisierten SED-Mitglieder mit reformsozialistischen Ideen. Das mehrheitliche Einrichten in diktatorischen Verhältnissen war kein Beleg für massenhafte politische Zustimmung. Die Gegensätzlichkeiten, Widersprüche und Spannungsverhältnisse waren ausgeprägter und verliefen eigendynamischer als anderswo im Bezirk – und sorgten so für überraschende Momente und Konstellationen. Wie historisch konstitutiv Überraschung und Kontingenz sein können, bezeugt die Ereignisgeschichte von „1989“. Denn auch wenn es heute vielfach anders tönt, niemand hat das schnelle und radikale Ende der kommunistischen Regime in Europa prognostizieren können oder gar vorausgesehen – Geschichte ist ein offener Prozess. Ihr Verlauf ist daher sowohl für Potsdam als auch für die DDR weder eindimensional von ihrem Ende her zu denken, noch als zwangsläufige und durchlaufende Krisenhistorie zu verstehen.⁵

Dass mit „1989“ eine Epoche und damit das „kurze 20. Jahrhundert“ endeten, ist mit Blick auf die politische Verfasstheit der DDR und anderer Ostblockländer gut begründbar – auch am Beispiel der ostdeutschen Bezirksstädte. Innerhalb weniger Monate stellten die Beschlüsse zur Einführung der parlamentarischen Demokratie, von sozialer Marktwirtschaft, kommunaler Selbstverwaltung sowie die Privatisierung von Grund und Boden und Betrieben die bislang gültigen gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien auf eine völlig neue Grundlage, wenn nicht sogar

auf den Kopf. Schaut man jedoch auf andere Bereiche, etwa Kultur oder Familie, geht die Trennschärfe dieser Zäsur verloren. Anstelle klar sichtbarer Einschnitte eröffnen sich dem Betrachter eher Übergangsphasen, die geprägt sind von jeweils unterschiedlich verlaufenden sektoralen Entwicklungen und starken Kontinuitätslinien, die von den 1980er Jahren (und davor) bis weit in das Folgejahrzehnt hineinwirken.⁶

Erfahrungs- und Deutungszäsuren gehen hierbei vielfach auseinander. Gerade 1990/91 sahen sich große Teile der Bevölkerung einer doppelten Zeiterfahrung zwischen Ende und Anfang ausgesetzt: Während sich die „große Politik“ in raschen Schritten fortbewegte, blieb die individuelle Lebenssituation oftmals noch für Jahre seltsam immobil und unentschieden, bis sie sich dann sprunghaft veränderte. In der Arbeitswelt dominierten zunächst Zwischen- und Übergangslösungen, gekoppelt an die Hoffnung auf persönliche Weiterbeschäftigung. Alte Mietverhältnisse waren durch Kündigungsschutz *noch* abgesichert, bestehende Institutionen existierten *noch* weiter, in Betrieben, Geschäften und Amtsstuben waren die Angestellten vielfach *noch* die gleichen. Es herrschte eine eigentümliche Wartesaalatmosphäre, ohne dass die Wartenden Genaueres über Ziel und Zeitpunkt ihrer bevorstehenden Reise zu sagen wussten. Die Konsequenzen des gesellschaftspolitischen Ordnungswechsels waren bereits zu erahnen, die konkreten Folgen für den Einzelnen dagegen kaum. Im Riss zweier Epochen sind damalige Stadtgesellschaften wie die Potsdamer daher auch als Übergangsgesellschaften von mittlerer Dauer beschreibbar.

Blinde Flecken, offene Fragen

Mit dem Vorhaben, die 1980er und frühen 1990er Jahre zu analysieren, stößt das vorliegende Buch in eine Forschungslücke. Zwar sind zahlreiche wichtige Arbeiten zu Opposition und Widerstand gegen das SED-Regime sowie zur Revolution 1989/90 entstanden.⁷ Aber es fehlen nach wie vor empirisch dichte Studien, die sich mit Struktur, Stabilität und Krise der späten SED-Herrschaft in den Regionen, insbesondere mit der Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Honecker-Ära in den drei ehemaligen Bezirken Brandenburgs beschäftigen.⁸

Zudem steht eine historische Umbruch- und Transformationsgeschichte der ehemaligen DDR und ihrer Bezirksstädte noch völlig am Anfang.⁹ Vor allem auf der Ebene regionaler Akteure offenbaren sich für die Spätphase der DDR noch blinde Flecken. So ist beispielsweise nur wenig bekannt über politisch-alternative Kreise außerhalb der Kirche, Kulturopposition und SED-Reformkräfte.¹⁰ Noch augenscheinlicher ist die begrenzte Zahl von Studien über partei-staatliche Mittelinstanzen und Funktionäre auf Bezirks- und Kreisebene, über die dortigen Parteibasen von SED und Blockparteien sowie über Sinnbildungs-, Integrations- und Erosionsprozesse ihrer Mitglieder.¹¹ Neuere Untersuchungen, wie die über die SED-Kreisleitung in Brandenburg an der Havel, leisten hier Pionierarbeit.¹² Im Er-

gebnis ist es daher vielfach eine offene Diskussion geblieben, wie das Verhältnis von Stabilität und Erosion regional zu gewichten sei, ob sich der Zusammenbruch der SED-Herrschaft eher als strukturell langfristig angelegtes oder als kontingenz-behaftetes und deshalb überraschendes Ende ausnahm.¹³ Debatten über die „rätselhaftige Stabilität“ der DDR, über lange Kontinuitätslinien der Alltagsgeschichte oder über die Wurzeln der „Dritten Generation Ost“ legen dabei nahe, dass es zu kurz gegriffen wäre, die 1980er Jahre pauschal als simples Präludium für den DDR-Kollaps zu deuten.¹⁴

Unbeachtet geblieben ist überdies die Frage, wie dieses Spannungsverhältnis räumlich zu verorten sei, und zwar sowohl territorial als auch lokalspezifisch. Dass *die Stadt* den wesentlichen Ermöglichungsraum und Knotenpunkt der osteuropäischen Revolutionen bildete, gilt mit Blick auf Gdańsk, Timișoara oder Leipzig als unstrittig. Doch eine ausgefächerte, vergleichende Forschung zu „Stadt und Revolution“, wie sie beispielsweise zu 1848/49 existiert, gibt es für die Vorgänge 150 Jahre später nicht. Klassische stadthistorische Untersuchungskriterien wurden bislang kaum an den Gegenstand angelegt, auch nicht in Bezug zu den Bezirksstädten. Die bezirkstättische Ebene kommt meist nur dann zur Sprache, wenn Handlungsspielräume staatlicher Kommunalverwaltungen oder städtebauliche Planungsgeschichte diskutiert werden.¹⁵

Mit Blick auf „1989“ und die brandenburgische Region leistet ein jüngst erschienener Sammelband, der neueste Forschungsergebnisse über den regionalen Zusammenbruch des kommunistischen Regimes präsentiert, einen wichtigen ersten Überblick.¹⁶ Die dortigen Beiträge korrigieren das Klischee von Brandenburg als widerstandsfreier Zone und Stillhalte-Region. Demnach gingen die Brandenburger 1989/90 keinen Sonderweg, auch wenn ihre Bezirke in Hinblick auf den zögerlichen Revolutionsbeginn kein Paradebeispiel für die Umsturzkraft der DDR-Oppositionsbewegung darstellen. Vielmehr steht deren Umbruchgeschichte exemplarisch für die Unfähigkeit des SED-Regimes, den Machtapparat und die Parteibasis für die Rettung „seines“ Staates mobilisieren zu können. Neben dem Druck der Massenprotestbewegung wird aktuell auch die Bedeutung der generationengebundenen Prägungen, Führungsstile und Denkhorizonte von regionalen Parteiliten akzentuiert, um den inneren Machtzerfall der SED in den Brandenburger Kreisen 1989 zu erklären. Nicht nur Alt-Kommunisten, sondern ebenso die sogenannte Aufbau-Generation der um die 60-jährigen SED-Funktionäre erwiesen sich als unfähig, auf das demonstrierende Volk und seine Forderungen zuzugehen.¹⁷

Zudem ist es sinnvoll, den Blickwinkel zu weiten. So wurde im Zusammenhang mit der Betonung von nationalen und internationalen Langzeitentwicklungen und dem Hinterfragen von zäsurgeschichtlichen Gewissheiten angeregt, sich von einer strengen Fokussierung auf „1989“ zu lösen und den vermeintlichen Jahrhundertschnitt zugunsten einer langen Geschichte der „Wende“ mit den ihr eigenen Kontinuitätslinien zu relativieren. Stärker als bisher seien der sich seit dem letzten

Drittel des 20. Jahrhunderts vollziehende deutschland- und europaweite Strukturwandel in seiner Wirkmacht – auch auf den Systemwechsel – zu berücksichtigen.¹⁸ All dies kündigt von einem erhöhten Interesse an den 1980er und 1990er Jahren als zeithistorischer Gegenstand. Von einer mancherorts postulierten Ausforschung der ostdeutschen oder DDR-Geschichte kann daher nicht die Rede sein.

Dies trifft im engeren Sinne auch auf Potsdam zu, denn geschichtswissenschaftliche Untersuchungen, die sich auf breiter Grundlage mit der lokalen Politik und Gesellschaft im genannten Zeitraum befassen, liegen bislang nicht vor. Gleichwohl wurden, wie die Auswahlbibliografie am Schluss ausweist, einzelne Fallstudien zu ausgewählten Potsdamer Institutionen oder politischen Gruppierungen erarbeitet.¹⁹ Darüber hinaus ist eine Reihe von Publikationen zu „1989“ entstanden, in denen Zeitzeugen und ehemalige Aktive der Umbruchperiode ihre Erlebnisse protokollierten oder in mühevoller Kleinarbeit Quellensammlungen, Dokumentationen und Chroniken zu einzelnen Oppositionszirkeln und neuen Parteien, zum MfS (und seiner Auflösung), zum Runden Tisch oder zur SED/PDS erstellten. Ihre Zahl spiegelt Potsdams Rolle als politisches und oppositionelles Zentrum in Brandenburg wider. Vertiefende Informationen zur Stadtgeschichte sowie über die Transformationszeit enthalten zudem Gutachten, die im Auftrag der Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ zwischen 2011 und 2013 angefertigt wurden. Von diesen Schriften hat die vorliegende Studie profitiert und eine Reihe von Befunden in die Argumentation aufgenommen.

Multiperspektivische Stadtgeschichte

Moloch, Labyrinth, Lebewesen, Maschine, Netzwerk ... Die Zahl der klangvollen Metaphern, anhand derer – meist kultur- oder kunstgeschichtlich – über „Stadt“ nachgedacht wird, ist groß.²⁰ Geht es jedoch um sozialistische Bezirksstädte, bilden solcherlei Schöpfungen die Ausnahme.²¹ Das sinnstiftende Potenzial komplexer Bilder scheint für Orte wie Magdeburg, Suhl oder Gera begrenzt. Davon ausgenommen sind Darstellungen, die unter performativen Fragestellungen urbane Räume betrachten. Städte oder Plätze werden dann zu „Bühnen“ oder „Theatern“, wo sich Milieus oder Eliten inszenieren bzw. Herrschaftsformen repräsentiert werden.²² Häufiger begegnet man der Bezeichnung „Laboratorium der Moderne“, wenn von städtebaulichen Planungen oder auch künstlerisch-kulturellem Experimentieren in DDR-Städten die Rede ist. Dann fällt auch der Name Potsdam.²³ In der vorliegenden Studie werden solche Gedankengänge immer wieder aufgegriffen, insbesondere wenn bestimmte Langzeit-Merkmale sozialistischer Stadtentwicklungen wie die Bevorteilung der gesellschaftlichen gegenüber der privaten Nutzungsstruktur oder die „Lösung der Wohnungsfrage“ als sozialpolitisches Großprojekt thematisiert wird.²⁴ Einzelne heuristische Denkmodelle werden aufgrund der praktizier-

ten Multiperspektivität jedoch nicht favorisiert. Stattdessen wird von Großstadt in der DDR als einem Ort ausgegangen, an dem sich in den 1980er Jahren politische Erfahrung und politisches Handeln geschichtsmächtig verdichteten, und zwar so weit, dass die Politisierung der urbanen Gesellschaft schließlich systemsprengend wurde.

Die nachfolgenden Ausführungen erzählen somit weniger vom Funktionieren einer sozialistischen Stadt, als vielmehr vom allmählichen Porös-Werden einer gesellschaftlichen Ordnung, die die materiell wie auch sozial konstruierten Stadträume prägte und zusammenhielt.²⁵ Anliegen ist es, die konfliktvolle Beziehungsgeschichte zwischen lokalen Herrschaftseliten und oppositionellen Gegeneliten über die 1980er Jahre hinweg bis in die Phase der Transformation Potsdams zur Landeshauptstadt zu analysieren. Dabei werden politische Interaktions- und Mobilisierungsprozesse untersucht und Fragen nach Milieustabilität, Austausch und Überleben von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten verhandelt. Wie ist der plötzliche Umschlag zur Massenprotestbewegung zu erklären, was steckt hinter der noch immer lebendigen Etikettierung als ehemals „rote Bezirksstadt“ und warum blieb Potsdam auch über 1989 hinaus das Epizentrum des politischen Umbruchs in Brandenburg? Wie verhielten sich Exponenten der alten und neuen Ordnung im neuen politischen Koordinatensystem zueinander? Die Untersuchung widmet sich auch den vielfachen Erfahrungen von versetzt ablaufenden Zäsuren und Transformationen, die diesen zuweilen eruptiv, zuweilen schleichend verlaufenden Übergang des Lebens in der Stadt Potsdam in der langen Geschichte des Umbruchs markierten. Dazu gehört auch die Erfahrung einer „Raumwende“ im engeren Sinne während des Systemwechsels. Wie wurden durch den politischen Umbruch und seine Akteure urbane Öffentlichkeit und Räume erfasst und verändert, besetzt und neuverteilt, symbolisch ent- und aufgeladen? Auch die maßgebliche Rolle und der Einfluss einzelner Persönlichkeiten werden diskutiert, denn der „Neuanfang“ in Potsdam und Brandenburg war nicht allein das Ergebnis struktureller Weichenstellungen, sondern auch persönlicher Ambitionen und Netzwerke. Der in der sozialwissenschaftlichen Forschung strukturell beschriebene „Institutionen-Transfer“ von West nach Ost im Rahmen der deutschen Einheit²⁶ erhält hier, in der sich wandelnden Stadtgesellschaft und der entstehenden Landeshauptstadt, anschauliche Konturen und zahlreiche Gesichter: Unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen fanden ehemalige Funktionäre und Vertreter der neuen Kräfte den Weg an die Spitzen von Politik und Kultur? Welche Bedeutung besaßen dafür politische Beziehungen oder auch Freundschaften aus der Zeit vor 1989? Nicht zufällig gilt Potsdam als Geburtsort und Bewährungsstätte zahlreicher politischer Karrieren, die bald auch über Potsdam und das Land Brandenburg hinaus bleibende Bedeutung entfalteten.

Der gewählte multiperspektivische Zugang, die empirischen Tiefenbohrungen und die zum Teil collagenartige Struktur korrespondieren mit jener bereits beschriebenen Offenheit und Ungleichzeitigkeit, die die Stadt und die in ihr statt-

findenden Entwicklungen auszeichnen. *Stadt* und *Gesellschaft* werden zu einer Gesellschaftsgeschichte des Lokalen verknüpft. Dabei reicht es nicht aus, nur die vielkritisierte Top-Down-Perspektive zu überwinden und politische Vorgänge als (kommunikative) Aushandlungsprozesse zwischen „oben“ und „unten“ zu beschreiben. Um eine Stadt bzw. Stadtgesellschaft exemplarisch zu vermessen, bedarf es empirisch ausreichender Breite. So treten Vielstimmigkeit, Formenvielfalt, Parallelexistenzen und Wechselbeziehungen von Lebens- und Arbeitswelten als Spezifika urbaner Ballungsräume erst mit einer repräsentativen Dichte an Untersuchungsgegenständen und Fallbeispielen zutage. Ein enzyklopädischer Anspruch wird jedoch nicht erhoben. Vielmehr kommt es im Falle Potsdams darauf an, die ausgeprägte Mosaikstruktur von Großstadt-Gesellschaften und deren Dynamik im historisch-politischen Zusammenspiel von Ort, Mensch und Zeit offenzulegen. Mitunter animiert der Gegenstand dabei auch, in die Perspektive des Spaziergängers zu wechseln: Gerade im Moment oder am Detail werden das Geschichtsmächtige und seine umstürzende Kraft zuweilen augenscheinlicher als im großen historischen Bogen. Hierin liegt zugleich das besondere Potenzial regional- bzw. mikrogeschichtlicher Zugriffe.²⁷

PUW

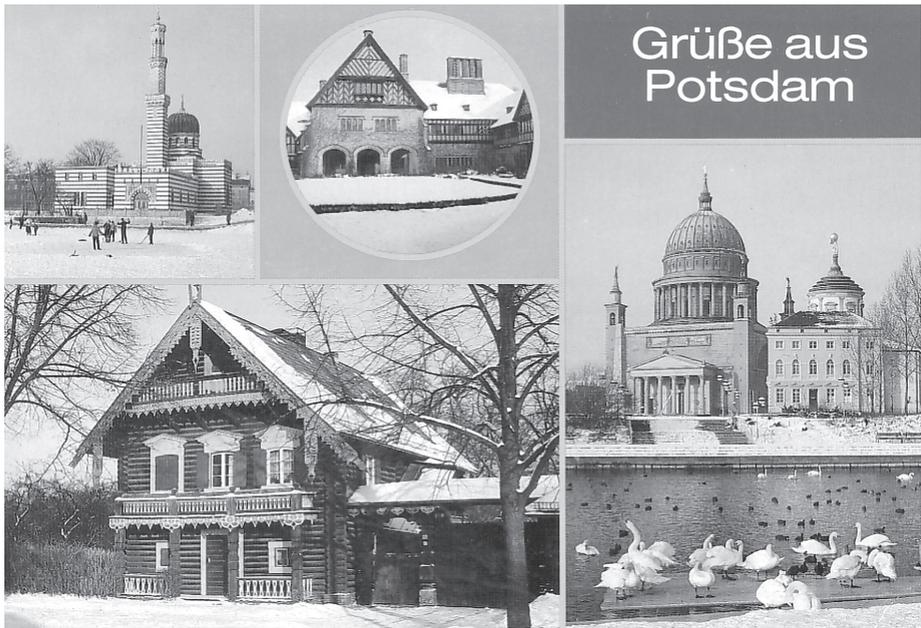
Traumstadt und Krise

Sozio-ökonomische Widersprüche einer privilegierten Bezirksstadt

Der Zustand der DDR-Gesellschaft in den 1980er Jahren wird häufig mit den Begriffen „Stagnation“ und „Krise“ umschrieben. Zur bildlichen Illustration dienen Fotografien, die qualmende Fabriksschlote, kaputte Innenstadtfassaden, halbleere Geschäftsauslagen und endlose Warteschlangen zeigen. Sie stehen stellvertretend für ein marodes, zum Stillstand gekommenes System, das dem Dorfleben ebenso seinen Stempel aufdrückte wie dem Geschehen in der Großstadt. Das trifft auch für Potsdam zu. Auch hier dominiert rückblickend das bildliche Narrativ vom Niedergang, was zunächst nicht weiter verwunderlich ist, denn die Havelmetropole blieb nicht von den Auswirkungen der ökonomischen Makrokrisis verschont.¹ Wirtschaftsprobleme und Mangelverwaltung lenkten vielerorts den Lebens-, Wohn- und Arbeitsalltag der Einwohner. Doch so real auch die bröckelnden Fassaden waren, es gab eine zweite Seite: Potsdam war die Stadt der Schlösser und Gärten mit einer vergleichsweise privilegierten Lage und Versorgung. Als solche zog sie viele Zeitgenossen in den Bann und verkörperte – im Schatten der Hauptstadt – Momente von Wachstum und Dynamik in der Region. Für zahlreiche Menschen, die hier wohnten und arbeiteten, erfüllte sich sogar der Traum vom zufriedenen Leben. Insofern existierte unter sozio-ökonomischen Gesichtspunkten für das letzte DDR-Jahrzehnt ein spannungsgeladenes, asymmetrisches Nebeneinander von Aufschwung *und* Stillstand, Stabilität *und* Krise.

Die grüne Residenzstadt am Fluss

Arbeitsplatzzuweisungen oder berufsbedingte „Delegierungen“ in Bedarfsregionen gehörten zum Alltag der DDR-Arbeitswelt. Viele Berufstätige fürchteten eine solche Versetzung, da sie oftmals mit einer rapiden gefühlten oder tatsächlichen Verschlechterung der persönlichen Lebensbedingungen verbunden war. Im Falle Potsdams traf dies jedoch häufig nicht zu. Gemessen an der problematischen Situation in ländlichen Gebieten oder anderen städtischen Ballungsräumen der DDR galt die Havelmetropole als eine vergleichsweise attraktive, grüne Oase mit gehobener Lebensqualität – ein Image, das auch den Umbruch 1989/90 überdauerte, wie die Wahl Potsdams zur ostdeutschen Stadt mit der höchsten Lebensqualität durch eine Expertenjury im Jahr 1991 zeigte.² Die weiten landwirtschaftlichen Nutzflächen, großen Waldgebiete und die ausgeprägte Seen- und Flusslandschaft (25 Kilometer Havelufer im Stadtgebiet) im Umland verschafften Potsdam und Umgebung den Ruf, eine der saubersten Städte der DDR zu sein. Lediglich 21 Pro-



Potsdam im Winter: das Wasserwerk von Sanssouci, Schloss Cecilienhof, die Russische Kolonie Alexandrowka sowie die Nikolaikirche, Postkarte 1987.

zent der Stadtfläche waren Bauland, der Rest Wasser- und Freifläche.³ Hinzu kam eine ganze Reihe von innerstädtischen historischen Parkanlagen, Grünflächen und Kleingärten: Park Sanssouci (290 Hektar), Park Babelsberg (ursprünglich 130 Hektar, durch Grenzanlagen aber deutlich kleiner), Neuer Garten (74 Hektar), Kleingartenanlagen (3800 Parzellen mit 250 Hektar) sowie diverse Grünflächen zur Freizeitnutzung (150 Hektar).⁴ Zwar stand Potsdam im Schatten Ost-Berlins, was die Versorgung der Menschen mit Kultur- und Bildungsangeboten, aber auch Lebensmitteln und Konsumgütern anbetraf, doch innerhalb des Bezirkes übertraf sie darin alle anderen Städte bei Weitem. Dies kam in den 21 Bibliothekseinrichtungen, den sieben hauptamtlich geleiteten Kultur- und Klubhäusern, fünf Kinos oder rund 190 Sportstätten ebenso zum Ausdruck wie in den knapp 470 staatlichen Verkaufsstellen und 120 Gaststätten, über die Potsdam am Ende der 1980er Jahre verfügte.⁵ Das Vorzeigeobjekt in dieser Hinsicht bildete die 760 Meter lange, verkehrsberuhigte Klement-Gottwald-Straße (heute: Brandenburger Straße) in der Innenstadt mit dem Kaufhaus „konsument“ und ihren 65 Läden und 14 Gaststätten. Die Straße, die im Volksmund bald „Broadway“ genannt wurde, sowie 93, im Bereich der zweiten Stadterweiterung gelegene Häuser waren erst 1979 in einer aufwendigen Sanierung zum 30. Jahrestag der DDR fertig rekonstruiert und modernisiert worden. Insgesamt waren Läden bzw. Ladenverkaufsflächen allerdings ungleich verteilt: Während sich etwa 50 Prozent aller Ladengeschäfte in der Innenstadt konzentrierten, galten bis auf Babelsberg alle anderen Wohngebiete als

unterversorgt.⁶ Doch dieser Zustand gehörte zum landesweiten Alltag und wurde keinesfalls als Potsdam-spezifisch wahrgenommen. Insofern überwogen die Anziehungskräfte, und die meisten, die in die Stadt kamen oder bereits ansässig waren, wollten bleiben.

Diese Wertschätzung wirkte sich auf die Binnenmigration aus: Um 23 200 Personen stieg die Einwohnerzahl von 1967 bis 1989 auf schließlich 141 430 (davon rund 9 000 Neu-Potsdamer seit 1980). Allein für die Ära Honecker bedeutete dies ein Wachstum von 27 Prozent.⁷ Der Zustrom speiste sich zur Hälfte aus den Bezirken Neubrandenburg, Halle, Magdeburg und Leipzig sowie aus dem eigenen Bezirk, allen voran aus den Kreisen Potsdam-Land, Brandenburg-Stadt und Nauen. Damit war Potsdam eines der urbanen Auffangbecken für die immer größer werdende Land- und Kleinstadtfluchtbewegung im Bezirk.⁸ Beflügelt wurde das Einwohnerwachstum durch einen seit 1976 anhaltenden Geburtenüberschuss, der Mitte der 1980er Jahre über vier Prozent je 1 000 Einwohner betrug.⁹ Das machte Potsdam mit seiner auffallend jungen Bevölkerung – 1989 lag das Durchschnittsalter bei 38 Jahren¹⁰ – zu einer der wenigen kinderreichen Städte der DDR, wo sonst die Geburtenzahlen eher stagnierten.

Anzahl der Kinder (unter 17 Jahren) in den Potsdamer Familienhaushalten 1989¹¹

Familienhaushalte insgesamt	40 360
ohne Kind	20 202
mit einem Kind	10 709
mit zwei Kindern	8 008
mit drei Kindern	1 206
mit vier und mehr Kindern	235

Als ehemals königlich-preußische Residenzstadt und Kulturlandschaft entwickelte Potsdam seine besonderen Reize nicht nur für die Einwohner, sondern auch für Touristen. 200 000 auswärtige DDR-Bürger verbrachten in den 1980er Jahren in den zahlreichen Ferienorten im Landkreis Potsdam jährlich ihren Urlaub oder ihre freien Wochenenden. Für sie gehörte ein Ausflug in die Bezirksstadt zum Standardprogramm. Hinzu kamen rund zwei Millionen in- und ausländische Besucher, die Potsdam in der Regel als Tagestouristen besichtigten.¹² Kernpunkt der touristischen Selbstdarstellung war die Präsentation als Ort der preußischen Schlösser und Gärten, des Potsdamer Abkommens sowie als Filmstadt; das Schloss Sanssouci bildete mit 415 000 Besuchern den Besuchermagnet Nummer eins.¹³ Weil sich unter den Touristen pro Jahr auch geschätzte 20 000 bis 30 000 Besucher aus dem westlichen Ausland befanden, von denen wiederum etwa zwei Drittel Bundesdeutsche bzw. West-Berliner waren,¹⁴ beobachtete das MfS mit besonderem Nachdruck das touristische Treiben.¹⁵ Im Visier standen dabei die Aktivitäten der sechs West-Berliner

Reiseunternehmen, die nach dem Abschluss eines Generalvertrages zwischen dem Reisebüro der DDR und dem Deutschen Reisebüro in West-Berlin Kurzausflüge nach Potsdam anboten. Trotz der aufwendigen Formalitäten und vergleichsweise teuren Serviceleistungen versprachen die Stadtrips ein lukratives Geschäft, denn das Interesse war immens: So beantragten die Reiseanbieter allein 1986/87 das jeweils Fünf- bis Zehnfache an Tagesfahrten, als letztlich genehmigt wurden.¹⁶

Der erheblichen Nachfrage aus dem In- und Ausland standen jedoch fehlende Übernachtungskapazitäten gegenüber. Bis 1989 existierten nur drei Hotels in Potsdam, die vor allem auswärtigen Reisegruppen und ausländischen Besuchern zur Verfügung standen. Als Privatperson war es dagegen extrem schwierig, in Potsdam eine Unterkunft auf Hotelniveau zu bekommen. In der Folge mussten inländische Feriengäste auf andere, in der Regel einfachere Unterkünfte wie Zeltplätze, Betriebsferienheime oder -bungalows in und um Potsdam ausweichen. Diese Verlagerung beschleunigte die massive Zersiedlung durch private und betriebliche Ferienbungalows im umliegenden, sogenannten Naherholungsraum. Allein rund um den Schwielowsee, hier vor allem in den Ortschaften Ferch, Caputh und Petzow, befanden sich Hunderte Häuschen mehr oder weniger verstreut in Orts- und Waldrandgebieten oder inmitten von Grundstücken, deren Vermieter den Bau gestattet hatten.¹⁷ Die einhergehende mangelhafte Abwasser- und Müllentsorgung wurde zur Umweltbelastung und führte wie in Ferch zur Bildung von Initiativgruppen, die die Auswüchse dieses unkontrollierten Treibens publik machen wollten. Das Fehlen schlüssiger Konzepte lag nicht zuletzt darin begründet, dass der Tourismus kommunalpolitisch nicht als einträglicher Wirtschaftsfaktor, sondern vor allem als Belastung für die ohnehin limitierte Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur der einheimischen Bevölkerung wahrgenommen wurde.

Defizitwirtschaft und Mangelversorgung

Potsdam war Bezirksstadt eines sogenannten Industrie-Agrar-Bezirks, ohne selbst ein exponierter Industriestandort zu sein.¹⁸ Die meisten Betriebe der strukturgebenden Industriebereiche in der Region wie Fahrzeugbau, Metallurgie, Lebensmittelindustrie und Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau, die allein über drei Viertel der industriellen Bruttoproduktion des Bezirkes auf sich vereinten, lagen außerhalb. Die bedeutendste Industriestadt im Bezirk war Brandenburg an der Havel mit dem dortigen Stahl- und Walzwerk sowie dem angeschlossenen Walzwerk in Kirchmöser. Dagegen hing Potsdam an einem Industriegürtel, der sich aus den Betriebsballungen im Raum Wildau, Potsdam-Stahnsdorf-Teltow und Hennigsdorf-Velten-Oranienburg um West-Berlin herum ergab und auf die Zeit vor 1945 zurückging. In Potsdams „Rückraum“ wiederum befand sich das zweite große industrielle Ballungsgebiet des Bezirkes, bestehend aus dem Raum Brandenburg-Premnitz-Rathenow im Westen, dem Automobilstandort Ludwigfelde und der Industrieinsel Luckenwalde-Jüterbog im Süden sowie dem Standort Neurup-

pin im Norden.¹⁹ Die landwirtschaftliche Prägung der Region war für Potsdamer am unmittelbarsten durch das Havelländische Obstanbaugebiet zu spüren, das im umliegenden Raum Glindow-Werder/Havel mit 5 500 Hektar die größte in sich geschlossene Anbaufläche der DDR darstellte.²⁰

Diese Situation prägte entscheidend die arbeitsweltliche Dimension in der Stadt-Region-Beziehung. Mit dem Ausbau von Teltow-Stahnsdorf zu einem Standort der Elektroindustrie bildeten sich ab Mitte der 1960er Jahre neue, immer umfangreicher werdende Arbeitspendelbeziehungen. Ein Großteil der neu errichteten Wohnungen im Neubaugebiet „Am Stern“ wurde beispielsweise den Arbeitern und Angestellten aus dem Teltower Industriegebiet zur Verfügung gestellt, allein zwischen 1976 und 1980 waren das über 1 000 Wohnungen.²¹ Die 1980 eröffnete Nuthe-Schnellstraße als wichtigste Verkehrsader verband unter Umgehung der bewohnten Stadtviertel die Potsdamer Stadthälfte mit Babelsberg und den Wohngebieten am Stern und Drewitz sowie dem Gebiet Teltow-Stahnsdorf. Darüber hinaus wurde 1981 endlich die Humboldt-Brücke als zweiter großer Havelübergang fertiggestellt und beidseitig befahrbar. Das Verkehrsgebiet „Raum Potsdam“ umfasste neben der Bezirksstadt ein Einzugsgebiet von insgesamt 29 Städten und Gemeinden mit rund 70 000 Einwohnern, die, so das verkehrsplannerische Kriterium, mit öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb von 30 Minuten zu erreichen sein sollten und aus denen rund 85 Prozent aller Pendler kamen. Die nahen Städte Teltow, Werder/Havel und Beelitz bildeten zusammen mit den 12 000 und 6 000 Einwohnern starken Gemeinden Kleinmachnow und Stahnsdorf ein sozio-industrielles Ballungsgebiet, in dem der Potsdamer Stadtkreis und Teile des Landkreises miteinander verschmolzen. Die unmittelbare Stadt-Umland-Region Potsdam zwischen Werder/Havel und Groß Kreutz im Osten und Teltow im Westen zählte damit rund 200 000 Bewohner.²² Infolge dieser Konzentration strömten im Jahr 1987 täglich rund 15 000 Pendler durch das Drehkreuz Potsdam.²³ Diese Durchgangsmobilität erklärt auch die spätere Wirkung Potsdams als Katalysator für den revolutionären Aufbruch im Umland. Die hier gemachten Protesterfahrungen verblieben nicht im Stadtraum, sondern wurden auch durch eben jene Pendler in die Region transferiert.

In Potsdam selbst, das mit einem Anteil von 11,7 Prozent bezirkswweit hinter den Kreisen Oranienburg (20,3 Prozent) und Brandenburg-Stadt (19,3 Prozent) an dritter Stelle der industriellen Bruttoproduktion lag,²⁴ dominierten vor allem die sogenannten nichtproduzierenden Bereiche.²⁵ Von den ca. 75 000 Berufstätigen Potsdams im Jahr 1989 waren hier rund 23 400 Personen beschäftigt, gefolgt von der Bauwirtschaft mit rund 11 600, der Industrie mit 10 800, dem Handel mit 9 800 sowie dem Bereich Verkehr, Post und Fernmeldewesen mit 8 100 Berufstätigen.²⁶ Das größte Industriegebiet der Stadt befand sich in Babelsberg, umgrenzt von der Bahnlinie Drewitz-Wannsee, der Nuthe-Schnellstraße und dem Horstweg. Hier war, beidseitig der Ernst-Thälmann-Straße (heute Großbeerenstraße), der Sitz der DEFA-Filmstudios, des VEB Maschinenbau Karl-Marx Babelsberg sowie

des Potsdamer Betriebsteils des VEB Medizinische Geräte Berlin und weiterer Betriebe.²⁷ Dieses Industriegebiet ging aus einem traditionell gewachsenen Standort hervor, ähnlich dem an der Leipziger Straße (Schlachthof) oder dem am heutigen Hauptbahnhof (Reichsbahnausbesserungswerk RAW) und der Verlagsdruckerei der „Märkischen Volksstimme“. Größter Betrieb und bedeutendster Arbeitgeber war die DEFA mit rund 2 400 Angestellten, gefolgt vom Karl-Marx-Werk mit 2 300. Während die Filmstudios einen kulturellen Leuchtturm darstellten, war das Karl-Marx-Werk, das seit 1983 zum Ludwigsfelder Kombinat Industrieverband Fahrzeugwerke IFA gehörte und nach Phasen des Lokomotivenbaus nun vor allem Autodrehkräne und Spezialfahrzeuge sowie Maschinenbauprodukte herstellte, im Hinblick auf seine tendenziell rückläufigen Produktionswerte nur Mittelmaß. Es teilte das Schicksal etlicher Potsdamer Betriebe, die nicht über den Rang von Zulieferbetrieben hinauskamen.

Diese Entwicklung war keine Ausnahme, sondern eingebettet in die grundlegende ökonomische Strukturkrise, in der Bezirk und Land steckten. Die zentralistische Kommandowirtschaft, die fehlende Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, eine unrealistische Preis- und Subventionspolitik sowie die drückende Last von am Ende rund 130 Milliarden Mark verdeckter Inlandsverschuldung sowie 20 Milliarden DM Nettoverschuldung gegenüber dem westlichen Ausland hatten die DDR-Wirtschaft in eine ruinöse Sackgasse geführt.²⁸ Viele Wirtschaftszweige lebten nicht von Investitionen und Innovationen, sondern nur noch von ihrer Substanz. Auch wenn nur eine kleine Schicht von SED-Funktionären und Wirtschaftseliten die wahren Ausmaße der Krise kannte, waren ihre Folgen überall und nahezu für jedermann spürbar. Mangelversorgung und Defizitwirtschaft gehörten zum Alltag. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte sich daran zwar längst gewöhnt, akzeptiert hatte sie diese Tatsache jedoch nie. Das Bemühen, den Mangel zu verwalten oder ihm gar zu entkommen, geriet daher auch in den 1980er Jahren zum steten Quell latenter oder offener Unzufriedenheit. Im Dezember 1985 notierte die SED-Kreisleitung Potsdam, dass sich im Vorfeld des Weihnachtsfestes die Importe von Kleidung für Erwachsene und Kinder zwar entlastend auf die Angebotsituation im Handel ausgewirkt hätten, durch den Käuferandrang jedoch keine Bestandsbildung „über einen Tag hinaus“ möglich sei: „Am 22. November wurden im Kinderkaufhaus ‚Bummi‘ innerhalb von 30 Minuten 770 Kordhosen verkauft. Von der Bevölkerung wird das Abkaufverhalten einzelner Käufergruppen kritisiert. Diese Kunden kaufen nicht zielgerichtet, sondern unabhängig von der Größe und in hohen Stückzahlen.“²⁹ Dieses Kaufverhalten war aber durchaus normal. Die chronische Unterversorgung mit bestimmten Warenartikeln führte in Verbindung mit unberechenbaren Lieferzeiten zu Hamster- oder spekulativen Käufen. Außerdem erledigten große Teile der arbeitenden Bevölkerung ihre Einkäufe während der Arbeitszeit. Berechnungen gehen hierbei von durchschnittlich bis zu sechs Stunden wöchentlicher Fehlzeit je Arbeiter aus.³⁰ Die Folgen waren nicht nur Produktionsausfall, sondern auch außerplanmäßige Schließzeiten von

Geschäften und Serviceeinrichtungen wegen vermeintlicher „Inventur“ oder „Warenannahme“ – mit entsprechenden Folgeeffekten für deren Kundschaft. Doch Frust herrschte nicht nur unter der Käuferschaft, sondern auch bei den Angestellten der Geschäfte, die sich neben unberechenbarem Warenzufluss vor allem über die blühende Schwarzmarkt-Konkurrenz vor ihren Eingangstüren erregten. Fliegende Händler verkauften Kleidung im westlichen Style bereits auf der zentralen Einkaufsstraße, inmitten der Innenstadt. „Wir leisten täglich unsere Arbeit und können nicht verstehen, dass so viele junge Leute dort in der Arbeitszeit stehen und sich durch Spekulationen mit Waren und Geld Vorteile verschaffen“, entrüstete sich 1988 beispielsweise die stellvertretende Leiterin der Verkaufsabteilung Herrenoberbekleidung im Konsument-Warenhaus.³¹ Der Mangel an Konsumgütern und den sogenannten 1 000 Dingen des täglichen Bedarfs provozierte eine Vielzahl von Beschwerden und Eingaben, sodass auch die SED in ihren monatlichen Stimmungsbildern einen dauerhaften Unmut in der Potsdamer Bevölkerung konstatierte.³² Daran änderte auch der besondere Status als Bezirksstadt nichts, der verglichen mit anderen Städten und Dörfern im Bezirk prinzipiell eine Besserversorgung bedeutete.

Auch in den Betrieben und Institutionen war der Mangel allgegenwärtig. Zu den gravierendsten Problemen gehörten fehlende Ersatzteile für Maschinen und Fahrzeuge sowie deren ausbleibende Reproduktion nach Verschleiß. So berichtete beispielsweise Oberbürgermeister Wilfried Seidel im Herbst 1985 gegenüber dem SED-Kreissekretariat, dass 24 der 31 Fäkalienfahrzeuge des VEB Stadtreinigung Potsdam ihre Laufzeiten bei Weitem überschritten hätten und kaum noch fahrtüchtig seien. Ohne Ersatzteile sei die städtische Entsorgung ernsthaft gefährdet.³³ Die Müllabfuhr kämpfte mit den gleichen Problemen: „Allen betrieblichen Initiativen, wie z.B. Aufarbeitung von Baugruppen, sind durch fehlende Teile (z.B. für Motoren, Kolben, Laufbuchsen, Pleullager für Achsen, Zahnräder usw.) Grenzen gesetzt“, so der verzweifelte Tenor im Sommer 1987.³⁴ Beim VEB Güterkraftverkehr lag im Herbst 1986 die Reparaturquote der Fahrzeugflotte bei 27 Prozent. Davon waren täglich bis zu 110 Fahrzeuge betroffen. 20 Omnibusse konnten aufgrund fehlender Ersatzteile gar nicht mehr eingesetzt werden. Besonders ärgerlich war es für die Betriebe, wenn bereits Neuwagen Reparaturfälle darstellten.³⁵ So mussten in Potsdam im Jahr 1985 fünf Prozent der staatlichen Werkstattkapazitäten für betriebliche Neuwagen eingesetzt werden, was einen Kostenmehraufwand von 1,2 Millionen Mark bedeutete.³⁶ Stockende Materiallieferungen,³⁷ veraltete Technik, extremer Materialverschleiß, überhöhte Zulieferverpflichtungen an die DDR-Hauptstadt, unvorhergesehene Witterungsbedingungen in der umliegenden Landwirtschaft³⁸ – die Liste der innerbetrieblichen Probleme war lang. Im November 1987 leitete SED-Kreissekretär Gerhard Pannhausen an Günther Jahn die Klagen der Parteisekretäre von Potsdamer Baubetrieben weiter, die „uns auf eine zugespitzte Situation bei der Instandhaltung und Instandsetzung von Baumaschinen und Spezialfahrzeugen aufmerksam (machten). In vielfältigen Sortimenten



Potsdamer Betriebskollektive auf der offiziellen Maidemonstration zum „Internationalen Kampf- und Feiertag der Werktätigen“ am 1.5.1980.

bleiben angeforderte Ersatzteillieferungen aus.“³⁹ Dass diese Beispiele keine Einzelfälle waren, wurde Ende 1989 deutlich, als Ministerpräsident Hans Modrow aus den Bezirken Lageeinschätzungen anforderte. Demnach waren im Bezirk Potsdam rund zwei Drittel aller Maschinen und Ausrüstungen der Industrie verschlissen, die Brauchbarkeitsquote bei den Kreisbaubetrieben des Bezirkes betrug sogar nur noch 25 Prozent.⁴⁰

Hinzu kam Leistungsabfall durch zentralistisches Planungsdiktat. So litt beispielsweise das wirtschaftliche Betriebsergebnis des Potsdamer „Karl-Marx-Werk“ quasi über Jahrzehnte an den beständigen Produktions- und Produktumstellungen, die in Ost-Berlin beschlossen wurden.⁴¹ Insbesondere die multinationalen RGW-Projekte, in die das Werk involviert war, verursachten rote Zahlen. So musste die 1975 begonnene Herstellung des Autodrehkrans ADK 125 in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wegen Unrentabilität eingestellt werden, da die Transportkosten der einzelnen Bauteile und -module zwischen Ungarn, der ČSSR und Polen höher waren als die Herstellungskosten. Andere Drehkranmodelle, die auf dem DDR-Markt konkurrenzlos waren, wurden über den Außenhandel zu einem Preis verkauft, der unter den Herstellungskosten lag. Dass der nominale Produktionswert von 1985 mit 351,1 Millionen Mark um 19 Prozent höher lag als im Vorjahr und 1986 erneut eine Steigerung auf 372,4 Millionen Mark erreicht werden konnte, lag zum großen Teil an den geleisteten Sonderschichten und Überstunden der Mitarbeiter (1987: 60 000 Überstunden), die jedoch dem Betrieb wiederum

zusätzliche Lohnkosten abverlangten. Als dann die Zahl der Arbeitskräfte und die Bereitschaft zu Überstunden nachließen, fiel sogleich der Wert der Warenproduktion: 1987 – 357,5 Millionen Mark, 1988 – 331,7 und 1989 – 321,7.⁴²

Die permanente Wirtschaftsschwäche kam vor allem beim lokalen Exportgeschehen in das Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) zum Vorschein. In den 1980er Jahren bewegte es sich chronisch im Minusbereich. So galt der „Exportplan NSW im Territorium“, der sowohl den Stadt- als auch den Landkreis Potsdam umfasste, im August 1987 nur zu 91,3 Prozent als „realisiert“, im November 1988 nur zu 82,5 Prozent. „Hauptschuldner“ waren neben dem Schaltgerätewerk Werder/Havel und dem VEB Mikroelektronik „Karl Liebknecht“ in Stahnsdorf vor allem die Geräte- und Regler-Werke „Wilhelm Pieck“ in Teltow.⁴³ Sie produzierten Geräte und Automatisierungsanlagen auf mikroelektronischer Basis wie zum Beispiel Messtechnik, Benzinrasenmäher oder elektrische Warmhalteplatten und hatten Kunden in dreizehn nichtsozialistischen Ländern, darunter die Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich.⁴⁴ Rund 4,3 Millionen Valutamark betrug der Rückstand des GRW Teltow im November 1988.⁴⁵ Dagegen wurde der Export ins sozialistische Ausland – immerhin – meist übererfüllt.⁴⁶

Nach außen wurden die Ausmaße der Wirtschaftskrise verheimlicht, sei es durch die zentralistische Führungsstrategie, die statistische Geheimhaltung oder die offizielle Kennzifferschönung. Innerhalb des lokalen Partei- und Staatsapparates jedoch waren die Probleme von Wirtschaft und Versorgung bzw. die Erfüllung der wirtschaftlichen Planziele ein Dauerthema. Davon zeugen die monatlichen internen Parteiinformationen der SED-Kreisparteisekretäre an den Potsdamer Bezirkssekretär, in denen detaillierte Wirtschaftskennziffern und Auskünfte zur ökonomischen Lage zwei Drittel und mehr des Berichts ausfüllen.⁴⁷ In den internen Auswertungen wurden die Defizite durchaus offengelegt. Grundsätzliche Kritik wurde jedoch nie zugelassen. Jede Schwierigkeit, jedes Problem galt als lösbar. Das betraf auch die Auswüchse von Inkompetenz, niedriger Arbeitsmoral, Kundenunfreundlichkeit, Alkoholismus, Schiebergeschäften, Schlampigkeit oder Faulheit, die aufseiten der „Werk tätigen“ dafür sorgten, dass Planvorgaben unerfüllt blieben oder der Kunde in vielen Potsdamer Geschäften nicht als geschätzter Konsument, sondern als Bittsteller behandelt wurde.⁴⁸ Doch ein wirkungsvolles Rezept dagegen besaß niemand. Und so lieferten trotz wirtschaftlicher Besserstellung der Bezirkestädte die lebenslangen Mangel Erfahrungen für die Mehrheit der Potsdamer Bevölkerung sowie für die späteren Demonstranten vom Herbst 1989 den Beweis für einen fundamentalen Grunddefekt des sozialistischen Wirtschaftssystems. Dabei tröstete es kaum, dass es den Menschen in anderen Ostblock-Ländern noch deutlich schlechter ging. Denn quasi sowjetische Zustände des Niedergangs waren auch hier zu finden, wie beispielsweise im 100 Kilometer entfernt liegenden Kreis Pritzwalk, wo sich in vielen Versorgungseinrichtungen, Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben die Krise bereits zum Chaos ausgeweitet hatte.⁴⁹

Baukrise und Altstadtzerfall

Die Schaffung von ausreichend Wohnraum für die gesamte Bevölkerung gehörte zu den Kernaufgaben des neuen Wirtschaftsprogramms von Erich Honecker, das der VIII. Parteitag der SED unter dem Label „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verabschiedete und mit dem das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ von Vorgänger Walter Ulbricht endgültig abgelöst wurde. Dieser Beschluss hatte weitreichende Folgen für Potsdam. Zum einen wurde ein überambitioniertes Wohnungsbauprogramm ausgerufen, dessen Realisierung permanent hinter den Planvorgaben zurückging und gleichermaßen Bauwirtschaft und Kommunalpolitik unter Dauerdruck setzte. Zum anderen veränderte sich das innerstädtische Siedlungsgefüge dramatisch. Der Stadtraum südlich der Havel mit den Schwerpunkten Potsdam-Süd (Waldstadt I und II, Am Schlaatz, Teltower und Templiner Vorstadt), Am Stern/Drewitz und Babelsberg wurde zur zentralen Großbauzone bzw. zum weitläufigen Wohngebiet: 21 000 der 26 000 zwischen 1971 und 1985 errichteten Wohneinheiten entstanden hier. Das führte dazu, dass am Ende der DDR zwei Drittel der Potsdamer im Südteil der Stadt zu Hause waren, darunter zahlreiche Zuzügler.⁵⁰ Das sollte nach dem Willen der Stadtplaner auch so bleiben. Um die bis 2005 prognostizierte Einwohnersteigerung auf knapp 152 000 Einwohner zu bewältigen, wurden in den 1980er Jahren die Neubauaktivitäten massiv auf das Stadtviertel „Am Schlaatz“ konzentriert. Hier wurden zwischen 1980 und 1987 rund 5 500 Wohnungen für 15 000 Einwohner fertiggestellt. Zweiter Schwerpunkt war Drewitz, ein Wohnviertel, das der letzte Fünfjahrplan der DDR zu einem zentralen „Extensivstandort“ des Wohnungsbaus deklarierte mit geplanten 4 650 Wohneinheiten bis zum Jahr 1995.⁵¹ Diese Wachstumsentwicklung ging zudem einher mit Planungen, die vorsahen, die Arbeitsplatzkapazitäten in den südlichen Industriegebieten Potsdam, Babelsberg und Drewitz von rund 13 000 im Jahr 1988 auf 17 500 Arbeitsplätze „in naher Zukunft“ zu steigern.⁵²

Doch dem numerischen Anwachsen von „Wohneinheiten“ stand ein steigendes Maß an Wohnunzufriedenheit gegenüber. Diese rührte nicht pauschal aus der Wohnsituation in den Neubauquartieren her. Hier herrschte zumindest in der ersten Zeit nach der Fertigstellung eher Wohnzufriedenheit vor. Das stellte eine soziologische Studie der Karl-Marx-Universität Leipzig fest, in deren Verlauf 1979, 1981 und 1983 entsprechende Befragungen im Wohnviertel „Am Stern“ durchgeführt wurden.⁵³ Gerade der angebotene „Vollkomfort“ der Wohnungen durch Fernheizung und zentrale Warmwasserversorgung, aber auch die vorhandenen Kinderspielplätze und verkehrsberuhigten Zonen bewertete die Mehrheit der Bewohner – ganz im DDR-Trend – als deutliche Steigerung ihrer Lebensqualität.⁵⁴ Zudem hielten außergewöhnliche gestalterische Pläne wie die Umleitung der Nuthe und folgende Verwandlung des „Schlaatz“ in eine Lagunenstadt à la Venedig viele der neu Eingezogenen bei Laune.⁵⁵ Doch je länger die Menschen in ihrer „Platte“ lebten, desto ungeduldiger und kritischer beur-



Panoramabild von der Wilhelm-Külz-Straße (heute: Breite Straße) und der Neustädter Havelbucht mit Markthalle (l.), Moschee (m.) und Café „Seerose“ (r.), 1983.

teilten sie ihr farbloses, unfertiges Umfeld. Nicht selten brauchte es Jahre, bis nach Übergabe der Wohneinheiten auch die umliegenden Gehwege, Grünflächen oder Versorgungseinrichtungen angelegt wurden.⁵⁶ Kiesberge, schlammige Trampelpfade und öde Erdflächen prägten daher auch in den 1980er Jahren noch allorts die Zwischenräume der Häuserblocks. Diesen permanenten Baustellenzustand konnten auch die bestellten „bildkünstlerischen Gestaltungskonzepte“ für die Häuserfassaden kaum abmildern.⁵⁷ In den Augen derjenigen, die nicht in Neubauvierteln lebten, bestätigte dies wiederum das grundsätzliche Negativimage der „Betonhilos“.⁵⁸

Steckte bereits das Wohnungsbauprogramm voller Schwierigkeiten, eskalieren die Probleme erst recht, wenn es um den Erhalt der Altbausubstanz ging. Potsdam stand damit nicht allein, denn viele ostdeutsche Städte und Gemeinden kämpften mit enormem Gebäudeverfall. An unzähligen Stellen der Havelstadt war die Beschädigung so weit vorangeschritten, dass ihre Fassaden einen quasi katastrophischen Anblick boten. So quälte sich die westdeutsche Journalistin Monika Zimmermann im Sommer 1989 beinahe durch das Holländische Viertel und die anliegende Gutenberg- und Hermann-Elflein-Straße in Potsdams Innenstadt: „Fassaden bröckeln, Fensterscheiben sind zerschlagen, Dächer undicht, und Türen hängen aus den Angeln. Am traurigsten aber sieht das Viertel überall dort aus, wo abgerissene Altbauten, die angeblich nicht mehr zu retten waren, bereits reihenweise durch Neubauten ersetzt wurden. (...) es fehlt den Neubauten

an allem, was Atmosphäre ausmacht. Sie sind kahl, kalt und glatt. Daran konnte auch die Keramikerin, die historisierende Plastiken über den Türen anbringen konnte, nichts ändern. Eine barocke Häuserzeile lässt sich nun mal nicht mit industriell vorgefertigten Tonnenteilen nachstellen.⁵⁹ Baufälligkei war nicht nur in den barocken Straßenzügen anzutreffen, sondern bedrohte allerorts Potsdams Altbauten. 1981 befanden sich lediglich 26 Prozent der Potsdamer Mehrfamilienhäuser in einem „guten Zustand“, 40 Prozent wiesen dagegen „geringe“, 20 Prozent „schwerwiegende Schäden“ auf. Ein Prozent der Häuser galt sogar als völlig unbrauchbar.⁶⁰ Das erklärt, warum im Vorfeld der Kommunalwahlen 1981 über 60 Prozent der 1 723, beim Rat der Stadt, Rat des Kreises und bei der SED-Kreisleitung eingereichten Eingaben Wohnungs- und Werterhaltungsmängel thematisierten, eine Quote, die bis zum Ende der DDR nahezu konstant blieb.⁶¹ Da die Baukapazitäten bereits für den prioritären Wohnungsneubau nicht ausreichten, war der Mangel an Bauplanern, Fachkräften, Baumaterial und technischem Gerät im Bereich Sanierung besonders eklatant. Der verordnete Abzug regionaler Kapazitäten für nationale Prestigeprojekte, beispielsweise für Baumaßnahmen zur 750-Jahrfeier Ost-Berlins im Jahr 1987, steigerte den Engpass noch einmal dramatisch. Daher wunderte es die damaligen Bauverständigen wenig, dass 1989 gerade einmal 301 Rekonstruktionen in allen 17 Kreisen des Bezirks Potsdam durchgeführt wurden.⁶²

Der SED-Bezirksleitung waren diese Rückstände bestens bekannt und damit auch die Zustände in der Bezirksstadt selbst. 1986 kritisierten die Bezirksfunktionäre, dass die örtlichen Baubetriebe in Potsdam ihre Zielvorgaben zur Instandsetzung und Modernisierung in den zurückliegenden fünf Jahren nur zur Hälfte erreicht hätten. Damit sei seit 1971 erst ein einziger Jahresplan überhaupt erfüllt worden.⁶³ Doch wie problematisch sich die Sanierung gestaltete, zeigen die Vorgänge im halbzerfallenen Holländerviertel in der Potsdamer Innenstadt. Der 1983 von Staatlicher Baukommission und Bau- und Finanzministerium beschlossene Plan sah für den Zeitraum von 1984 bis 1990 immerhin die Rekonstruktion von 540 Wohnungen im Holländischen Viertel vor. Bis 1988 war erst ein Bruchteil davon realisiert. Lediglich 34 Häuser mit insgesamt 74 Wohneinheiten konnten fertiggestellt werden. Für 1989 sah der Plan 17 und 1990 dann noch einmal 15 Häuser vor. Für die Baubetriebe waren die Arbeiten im Viertel allerdings ein ungeliebtes Projekt, das die eigenen Minusbilanzen weiter drückte. Deshalb taten sie alles, um eine Bauverpflichtung zu vermeiden. In den Leitungsgremien verfiel man daraufhin auf einen Trick und erklärte das Vorhaben zum FDJ-Bezirksjugendobjekt. Über diese Schiene konnten mehr als 20 betriebliche Grundorganisationen zur Mitarbeit verpflichtet werden. Aber noch immer fehlten die ausführenden Betriebe, sodass es erneut Wochen und Monate dauerte, bis man „im Ergebnis beharrlicher Beratungen und Verhandlungen“ zusätzlich zum WBK Potsdam und VEB Stadtbau 13 Betriebe aus den umliegenden Kreisen auf Bauleistungen für 15 Häuser festlegen konnte. Dagegen hatten zehn Betriebe, die man für weitere Häuser „anwerben“



Zerfallende Altbausubstanz in der Hermann-Eflein-Straße, nur wenige Meter von der zentralen Einkaufsstraße Potsdams und vom Holländischen Viertel entfernt.

wollte, erfolgreich abgeblockt, wie der Rat des Bezirkes beklagte. Damit würden, so der Rat im Herbst 1988, von den geplanten 34 Häusern des „FDJ-Jugendobjektes“ für elf keine gesicherten und für acht überhaupt keine betrieblichen Bauübernahmen vorliegen.⁶⁴

Aus der Sicht des Rates des Bezirkes war es gleich eine Reihe von Problemen, die für die „nicht ausreichend sichtbare(n) Veränderungen in der unmittelbaren Innenstadt“ verantwortlich waren.⁶⁵ Das ungelöste Heizungsproblem für die Neu- und Umbauten gehörte zu den größten. So fehlten Fernheizungsanschlüsse, da der Rat des Bezirkes den Bau von Inselheizhäusern aufgrund zu hoher Umweltbelastung abgelehnt hatte und die Plattenbauweise des WBK Potsdam keine Ofenheizung vorsah. Weil sich der Abriss verzögerte, fehlte die nötige Baufreiheit für Neubauten. Zugleich wurden die leer geräumten Gebäude zu bleibenden Geisterhäusern. Dass das Vorhaben „innerstädtisches Bauen“ auf den Bereich der zweiten barocken Stadterweiterung mit seinen entsprechenden Auflagen und Planungsgrenzen reduziert war, wurde als „fehlerhaft“ eingeschätzt. Und schließlich galt das Plattenbaumodell des VEB Stadtbau als überdurchschnittlich teuer.⁶⁶

Die historischen Ursachen für die permanente Wohnraumnot lagen aber nicht nur im Versagen der realsozialistischen Bauindustrie, sondern auch in der Vorgeschichte der Misere, nämlich in den Folgewirkungen des Zweiten Weltkriegs und der massiven Kampf- und Bombenschäden. Er bildet die große stadtgestaltende